

## Der Kanton Zug wächst

Die Bevölkerungszahl des Kantons Zug wird gemäss der publizierten Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik auch in den nächsten 25 Jahren zunehmen.

**Kanton** Neue Bevölkerungsszenarien des Bundes: Der Kanton Zug wächst weiter. Ausgehend von 121'900 Personen Ende des Jahres 2015 weisen die Szenarien bis zum Jahr 2030 141'300 und bis 2040 rund 148'500 Einwohner aus; dies jeweils für das mittlere Referenz-Szenario.

### Anders als erwartet

Die neuen Zahlen des Bundesamtes für Statistik liegen damit deutlich über den 135'000 Personen, die der Kantonsrat im Richtplan 2012 für das Jahr 2030 festgelegt hat. Mit diesen Zahlen strebte er ein langsames Bevölkerungswachstum an. In seinem Entscheid zeigte das Parlament auf, dass mit den heutigen Bauzonen und dem Verdichtungspotential dieses Wachstum in den rechtsgültigen Bauzonen aufgenommen werden kann. Folgerichtig beschloss es, dass sich die Siedlungsfläche im Kanton Zug nicht mehr weiter ausdehnen kann.

### Bauzonen reichen aus

Die Szenarien des Bundes sind für die Kantone nicht verbindlich. «Sie bilden aber die Grundlage für die politische Diskussion über das Wachstum», stellt Baudirektor Urs Hürlimann fest. Aufgrund der neuen Zahlen wird der Kanton Zug seine in Erarbeitung stehende «Strategie der räumlichen Entwicklung» überprüfen. Ein wichtiger Punkt konnte bereits geklärt werden: Berechnungen des Amtes für Raumplanung zeigen, dass die bestehenden Bauzonen – zusammen mit der angestrebten Verdichtung bei Wohnbauprojekten – ausreichen, um das prognostizierte Bevölkerungswachstum auf 148'500 Personen aufnehmen zu können. «Nach den Sommerferien wird die Baudirektion ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zur Raumentwicklungsstrategie durchführen. Aufgrund dieser Diskussion wird sich der Kantonsrat im Frühling 2017 über den Wachstumspfad des Kan-



**Urs Hürlimann, Baudirektor des Kantons Zug:** «Nach den Sommerferien wird die Baudirektion ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zur Raumentwicklungsstrategie durchführen. Aufgrund dieser Diskussion wird sich der Kantonsrat im Frühling 2017 über den Wachstumspfad des Kantons einigen müssen.» ZW-Archiv

tons einigen müssen», betont Regierungsrat Urs Hürlimann.

### Unterschiedliches Wachstum in den Gemeinden

Das Wachstum wird in den Gemeinden unterschiedlich stark ausfallen. Das Bundesamt für Statistik berechnet nur Zahlen auf kantonaler Ebene. In welchem Mass kommunales Wachstum stattfinden kann, hängt zumindest teilweise auch von den Rahmenbedingungen ab, welche die Politik festlegt. Die Bevölkerungsszenarien für die Gemeinden werden daher ein zentrales Thema bei der öffentlichen Auflage der «Strategie der räumlichen Entwicklung» sein.

### Zug wird älter

Interessant an den neuen Zahlen ist, auch im Kanton Zug werden immer mehr Rentner leben. Die über 65-Jährigen werden im Jahr 2045 voraussichtlich mehr als ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. Trotz dieses Wachstums bleibt der Kanton Zug ein vergleichsweise junger Kanton. Auch im Jahr 2045 liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren gemäss Prognose noch bei knapp 19 Prozent; mehr als in den meisten anderen Kantonen. [www.zg.ch](http://www.zg.ch) PD/LF

## Andreas Hostettler wird neuer FDP Präsident

An der Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Zug in Baar vom 12. Mai wurde Andreas Hostettler einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt.

**FDP** Der neu gewählte Präsident Andreas Hostettler ist FDP-Kantonsrat und Bürgerrat von Baar. Als Kantonsrat ist er Mitglied der erweiterten Justizprüfungskommission, der Kommission für Hochbau sowie der Konkordatskommission. Zudem präsidiert er die Ortssektion der FDP-Baar.

### Parolenfassung

Zu den eidgenössischen Vorlagen wurden an der Generalversammlung folgende Parolen gefasst: Zu den Volksinitiativen «Service Public» und «bedingungsloses Grundeinkommen» verliefen die Abstimmungen rasch. Bei beiden Vorlagen folgten die Zuger Freisinnigen der Empfehlung der Geschäftsleitung und lehnte sie einstimmig ab. Die Volksinitiative «Verkehrsfinanzierung» gab mehr zu diskutieren. Doch



**Andreas Hostettler ist neuer Präsident der FDP Zug.** ZW-Archiv

auch diese wurde mit einer Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt. Der Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (PID) sowie der Änderung des Asylgesetzes stimmt die Parteiversammlung einstimmig zu. PD/LF

## LESERMEINUNGEN

### Nein zum neuen Asylgesetz

Das neue Asylgesetz sieht vor, dass der Bund Enteignungen (staatliche Wegnahme des Wohneigentums) durchführen kann für die Einrichtung von Asylwohnungen – und -unterkünften. Diesen Eingriff in die Eigentumsrechte von uns Bürgern lehne ich ab. Darum stimme ich Nein zum neuen Asylgesetz.

*Manuel Brandenburg, Zug*

### Asylchaos: Rückführungen sind kein Thema

Die politische Schweiz – angeführt von Justizministerin Sommaruga – spricht generell nur von Flüchtlingen, einen Unterschied zwischen echten und unechten Flüchtlingen macht sie nicht. Da gibt es zwar die anerkannten Flüchtlinge und die «vorläufig Aufgenommenen», doch Letztere werden ebenso in der Schweiz bleiben. Und da gäbe es noch eine kleine Zahl von Abgewiesenen, von denen sich die meisten mit Händen und Füßen gegen eine Ausweisung wehren. Geht es nach dem neuen Asylgesetz, wird diesen Querulanten (auf Kosten der Steuerzahler), unentgeltlich auch noch ein Rechtsvertreter zur Seite gestellt, der verständlicherweise grosses Interesse daran hat, Prozesse in Länge zu ziehen, um noch mehr Rechnungen an unsern Staat zu schreiben. Das führt zu weit, weshalb ich die Asylgesetzrevision mit meinem Nein ablehnen werde.

*Stefan Sandoz, Steinhausen*

### Kriminelle Migranten ausschaffen

Zwei in Uster untergebrachte Marokkaner wurden in Zug auf einer Ladendiebstahl-Tour ertrapt. Ein Fall von Hunderten. Ist jemand so naiv und glaubt, die hätten für ihre Reise hierher ein Bahnbillett gelöst? Warum schafft die Schweiz solche Schmarotzer und Wirtschaftsmigranten nicht aus? Warum lässt sie sich, genau so wie das übrige Europa, von solchen Ländern erpressen, welche sich weigern, ihre Landsleute zurückzunehmen? Kriminelle Migranten haben unsere Hilfsbereitschaft definitiv verwirrt. Warum lässt man sie nicht wenigstens schufteln – beim Heuen, bei Erntearbeiten, beim Aufräumen nach Hochwasserschäden, beim Kanalreinigen und WC-Putzen? Dann kämen sie weniger auf dumme Ideen. Die Landwirtschaft suchte Migranten und hätte sie auch anständig entlohnt; aber nein, die Herrschaften wollen ja nicht arbeiten – lieber Geschäfte bestehlen und unsere Sozialhilfe missbrauchen. Und: Unsere Kuscheljustiz lässt sie wieder laufen, bis sie erneut delinquieren. Unser Asylwesen verbrät Milliarden unserer Steuergelder, indem es gerade auch zwielichtige Migranten (vergeblich) versucht zu «integrieren». Würden wir in Marokko stehlen oder uns unanständig benehmen, so würden wir in den Kerker geworfen, gefoltert oder in die Wüste entführt – ohne Wasser und Handy! Liebe Politiker: Kriminelle Migranten sind auszuschaffen. Wann versteht ihr das endlich und handelt entsprechend?

*Ueli Krasser, Hagendorn*

## «Es existiert keine Alternative zum Militärdienst?»

Von Kim Oliver Mächler

Die Wehrpflicht ist nach wie vor ein tragender Pfeiler unserer Gesellschaft, ein Garant für Wohlstand und vor allem für Sicherheit.

**JSVP** Anfangs dieser Woche musste ich als überzeugter Milizoffizier eine höchst fragwürdige Veranstaltung zur Kenntnis nehmen. Denn die Stadt Zug publizierte eine Veranstaltung zum Thema «Alternativen zum Militärdienst» – die auch auf der Webseite der staatlich subventionierten JAZ veröffentlicht wurde und in deren Räumlichkeiten ausgeschrieben war. Abgesehen von der Tatsache, dass der Titel dieser Veranstaltung falsch ist, da keine gesetzlich zugelassene Alternative zur Wehrpflicht existiert, ist auch die Mitfinanzierung solcher Anlässe durch die Stadt Zug äusserst fragwürdig. Vermutlich wurde der Zivildienst in diesem Kontext als Alternative angepriesen, wobei es sich jedoch gemäss Art. 59 der Bundesverfassung lediglich um einen Ersatzdienst der besonderen Form handelt. Sollte das Ziel dieser Veranstaltung tatsächlich deren Titel widerspiegeln, entspräche dies einer Verletzung des erwähnten Grundsatzes. Des Weiteren stellt sich die Frage, wieso der kantonale Orientierungstag des Amtes für Zivilschutz und Militär in diesen Belangen nicht ausreichen sollte. Schliesslich ist dieser Tag für alle Stellungspflichtigen obligatorisch



**Kim Oliver Mächler, Präsident Junge SVP Kanton Zug:** «Die Wehrpflicht ist ein tragender Pfeiler unserer Gesellschaft.» z.Vg.

und klärt gewillte Rekruten und potenziell Untaugliche über ihre Möglichkeiten auf. Wieso also braucht es einen speziellen Anlass, um über inexistente Alternativen zu plaudern? Schliesslich sollte man das Rad nicht neu erfinden, schon gar nicht, wenn man auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Fakt ist, dass die Wehrpflicht heute wie früher ein tragender Pfeiler unserer Gesellschaft ist, ein Garant für Wohlstand und vor allem für Sicherheit. Man bedenke nur, was aus dem Flüchtlingsnotfallszenario des Bundes würde, hätten wir keine Armee mit Wehrpflicht, die diesen Sommer im Ernstfall an die Grenze steht.

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

**Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!**

Senden Sie Ihre Leserbriefe mit maximal 2000 Zeichen an [redaktion@zugerwoche.ch](mailto:redaktion@zugerwoche.ch).



## Pleitegeier am Horizont

Von Daniel Stadlin

Die Finanzen unseres Kantons kennen zurzeit nur eine Richtung: abwärts. Seit 2013 haben wir rückläufige Steuerträge bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Wirtschaftlich stehen uns harte und fiskalisch magere Jahre bevor.

**GLP** Wird nicht möglichst rasch Gegensteuer gegeben, gerät unser Finanzhaushalt ausser Rand und Band. Zumal auch mit dem Entlastungsprogramm bis Ende 2019 ungedeckte operative Kosten von über 500 Millionen Franken geplant sind. Unser Finanzproblem ist riesig. Schon sind die Umriss des Pleitegeiers am Horizont erkennbar, bereit über unseren Kanton zu kreisen. Die Ausgabendynamik muss möglichst rasch gestoppt und auf eine finanzierbare Grösse gebracht werden. Der Kanton wird nicht darum herumkommen, das Ausgabenniveau über das heute zur Diskussion stehende Entlastungsprogramm hinaus um weitere 100 Millionen Franken zu reduzieren. Die desolante Finanzperspektive lässt keine andere Wahl zu. Dies zu negieren hiesse «Vogel Straus-Politik» zu betreiben und die Einengung unseres finanziellen Spielraumes bewusst in Kauf zu nehmen oder eine Steuererhöhung zu erzwingen. Bevor wir jedoch die Steuern erhöhen, müssen erst einmal die Ausgaben zurückgefahren und wieder näher an die Einnahmen herange-



**Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP Zug:** «Selbstverständlich braucht es einen nationalen Finanzausgleich. Aber nicht einer, der die wenigen Geber derart übermässig stark belastet.» z.Vg.

führt werden. Da die Steuern bis vor vier Jahren überaus reichlich flossen, wurde halt auch überaus reichlich ausgegeben. Heute haben wir mehr Ausgaben als Einnahmen. Wir leben zusehends über unsere Verhältnisse. Aber halt: Stimmt das wirklich? Eigentlich nicht. Der Kanton Zug hätte gar keine finanziellen Probleme, wäre da nicht der NFA mit seinen krassen Systemfehlern. Selbstverständlich braucht es einen nationalen Finanzausgleich. Aber nicht einer, der die wenigen Geber derart übermässig stark belastet – dem Kanton Zug nimmt er fast ein Viertel seiner Einnahmen weg!